

## Dr. Hans Penner und Ministerpräsident Christian Wulff: Sozialministerin Aygül Özkan zur Islamisierung Niedersachsens?

Im Spannungsfeld der Tagespolitik bildet am 29. April 2010 der offene Brief von Dr. Hans Penner eine Bürgerinitiative über die Medien, um die politische Diskussion zu bereichern. Ministerpräsident Christian Wulff führte am 28. April 2010 in seiner Regierungserklärung [2] [3] zur Berufung von Aygül Özkan in das Amt der Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration auf Seite 14 unter anderem aus:



„Mit der Berufung einer Sozial- und Integrationsministerin mit Migrationshintergrund machen wir deutlich: In Niedersachsen wird Integration gelebt! Ich weiß, dass meine Entscheidung für Frau Özkan viele überrascht hat. Es hat Lob gegeben, aber auch Bedenken. Die Ernennung der neuen Sozialministerin ist auch ein klares Signal an alle Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund. Ihnen wollen wir Perspektiven und Chancen geben. Wir wollen, dass sie diese Chancen auch nutzen. ... Ich ermuntere Frau Özkan ausdrücklich, das Thema Integration auch weiterhin als Querschnittsaufgabe wahrzunehmen. ... Daher werden wir auch weiterhin in die Sprachförderung und das Erlernen der deutschen Sprache investieren. Nur wer die deutsche Sprache beherrscht, wird einen Schulabschluss erreichen, den Weg in den Arbeitsmarkt finden und damit seinen Platz in der Gesellschaft finden. ... Mit Unterzeichnung der ‚Charta der Vielfalt‘ [4] hat sich Niedersachsen als erstes Flächenland zur interkulturellen Öffnung verpflichtet.“

Der offene Brief von Dr. Hans Penner lautet:

Offener Brief vom 29.04.2010

von

Dipl.-Chem. Dr. Hans Penner  
76351 Linkenheim-Hochstetten

An

Herrn Ministerpräsident Christian Wulff (CDU)  
christian.wulff at stk.niedersachsen.de

Sehr geehrter Herr Wulff,

erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde durch Sie ein Mitglied der islamischen Umma [5] in die Regierungsverantwortung berufen. Offensichtlich geschah diese Berufung in Unkenntnis des Islam. Ich verlange die Rücknahme dieser Berufung, weil sie die Weichen für ein islamisches Deutschland stellt.

Frau Aygül Özkan hat sich bei ihrer Vereidigung auf die islamische Gottheit bezogen, die im Islam als Autor des Koran gilt. Der Koran verwirft den Glauben an den biblischen Gott des christlichen Abendlandes, der im Grundgesetz gemeint ist und zu dessen Ehre Johann Sebastian Bach und die anderen großen Künstler des Abendlandes ihre Werke geschaffen haben.

Der Islam ist mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland unvereinbar, weil im Islam die Lehren des Koran als absolute Autorität gelten, die dem Grundgesetz übergeordnet ist:

1. Der Koran verwirft die Trennung von Staat und Religion, welche zu den Grundlagen des modernen demokratischen Rechtsstaates gehört.
2. Der Koran verwirft die Religionsfreiheit. Apostasie vom Islam wird in islamischen Ländern unter Berufung auf den Koran mit dem Tod bestraft.
3. Der Koran fordert Körperstrafen: "Dem Dieb und der Diebin schneidet ihr die Hände ab, als Vergeltung für das, was sie begangen haben, und als abschreckende Strafe von Allah. Und Allah ist Allmächtig, Allweise." (Sure 5:38)
4. Der Koran verbietet die Gleichberechtigung von Mann und Frau.
5. Der Koran lehnt die Reziprozität ab. In islamischen Ländern ist der Bau christlicher Kirchen grundsätzlich verboten oder zumindest eingeschränkt.

Jeder Mohammedaner ist durch seine Religion verpflichtet, sich für die Ausbreitung des islamischen Zwei-Klassen-Systems der Umma zu engagieren, das aus privilegierten islamischen Männern einerseits und unterprivilegierten Frauen und Nichtmohammedanern andererseits besteht.

Das Zeigen des christlichen Kreuzsymbols wird in islamischen Ländern schwer bestraft. Bereits vor ihrem Amtsantritt hatte sich Frau Aygül Özkan für die Abschaffung des Kreuzsymbols in Schulen ausgesprochen. Damit hat sie sich die Rückendeckung durch eine Milliarde Mohammedaner verschafft. Zwar hat sie sich für ihre Äußerung entschuldigt, aber sie hat ihre Meinung nicht geändert.

Ich hoffe auf eine Verbreitung und Unterstützung meiner Forderung durch mündige Bürger.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Penner

Die Links zu den Quellen sind oft extrem lang und werden in vielen Presseportalen nicht wiedergegeben. Alle sind in der pdf-Version dieses Presstextes unter <http://www.NationalPartei.eu/PresseTexte/PM-2010-17-2.pdf> enthalten.

Quellen:

[1] <http://www.orientierung-heute.de>

[2] [http://www.niedersachsen.de/live/live.php?navigation\\_id=6804&article\\_id=20076&psmand=1000](http://www.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=6804&article_id=20076&psmand=1000)

[3] <http://www.niedersachsen.de/download/28604>

[4] <http://www.charta-der-vielfalt.de>

[5] <http://www.evangelium.de/1018.0.html>

Pressekontakt  
Hans Kolpak  
Schmiedstraße 31  
52499 Baesweiler  
Deutschland

Telefon: 02401 607 4920  
Hans.Kolpak at NationalPartei.eu  
[www.NationalPartei.eu](http://www.NationalPartei.eu)  
[www.DZiG.de](http://www.DZiG.de)

Portrait einer möglichen Partei

Wer sich mit nationalen Ideen identifiziert und die Gesetzmäßigkeiten von Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft anerkennt, wird in einer NationalPartei eine politische Heimat finden, die für die deutsche Nation Partei ergreift. Strategische Ziele sind eine Verfassung und eine geringe Staatsquote für einen Staat, der sich seinen hoheitlichen Aufgaben widmet. Durch die wirtschaftliche Ausrichtung auf die Einwohner mit durchschnittlichem und unterdurchschnittlichem Einkommen und Vermögen werden die wirtschaftlichen Interessen von mehr als 50 Prozent vertreten. Dies begründet eine absolute Mehrheit bei Kommunalwahlen und Landtagswahlen, der Bundestagswahl und der Europawahl, die von keiner etablierten Partei erreicht werden kann, weil nur Sonderinteressen von kleinen Bevölkerungsgruppen vertreten werden. Es ist nutzlos, Symptome zu reformieren und Ursachen unangetastet zu lassen. Das wirtschaftliche Wohl des deutschen Volkes vermehrt auch den Reichtum derer, die zur Zeit durch Subventionen und Steuervorteile finanziell profitieren. Das meiste Geld verschwindet gegenwärtig in staatlichen Umverteilungsbürokratien und im Schuldendienst, von dem einzig und allein die Kreditgeber profitieren.